



**im Bezirkstag Pfalz**

**Frank Eschrich  
Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Mail: frank.eschrich@die-linke-ps.de**

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

## **Haushaltsrede 2021**

**Frank Eschrich, DIE LINKE**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hat mit dem Haushaltsentwurf 2022 erneut ein gut aufbereitetes und verständliches Zahlenwerk vorgelegt. Dafür gebührt allen, die daran mitgewirkt haben, mein ausdrücklicher Dank.

Im Vergleich zu den hochverschuldeten Städten im Bezirksverband herrschen buchhalterisch im Bezirksverband als kommunale Körperschaft schon fast paradiesische Zustände. Der Haushaltsausgleich wird einem geringfügigen Überschuss erreicht.

Damit genug gelobt, kommen wir zur Kritik: Dass das Land Rheinland-Pfalz zugestimmt hat, dass der Bezirksverband keine Rückstellungen mehr für § 15er - Beamte bilden muss, die dem Grunde nach Landesbeamte sind, war längst überfällig. Schließlich erfüllen diese Beamtinnen und Beamte Landesaufgaben, die lediglich zur Ausführung an den Bezirksverband übertragen wurden. Von daher kann ich in diesem Schritt nicht die große Wohltat der Landesregierung erkennen, die die Verhandlungsdelegation des Bezirksverbandes dazu bewogen hat, im Sinne einer Kompromisslösung, auf andere, mindestens genauso berechnete, politische Forderungen zu verzichten. Nach § 15 ist der Finanzausgleich durch das Land für alle Aufwendungen des Bezirksverbandes zu erbringen, die im Zusammenhang mit der Übertragung von Landesaufgaben entstehen. Dazu gehören selbstverständlich auch die Abschreibungen. Das Ganze hat schon etwas von einem politischen Kuhhandel und der Bezirkstag sollte dazu irgendwann einmal eine politische Entscheidung treffen: Vertreten wir nun die Meinung, dass die § 15 Einrichtungen in Gänze vom Land zu finanzieren sind oder nicht? Wenn wir diese Meinung vertreten-

und ich tue dies – dann müssen die Landeszuweisungen auskömmlich sein. So will es im Übrigen auch die Verfassung des Landes Rheinland-Pfalz und das darin verankerte Konnexitätsprinzip. Eine Gefahr sehe ich deshalb nicht darin, zu sagen, was man denkt, und berechtigte Forderungen aufzustellen, sondern vielmehr darin, dass diese Forderungen nicht in die Waagschale geworfen wurden. Viele überschuldete Kommunen haben das Bündnis für die Würde der Städte gegründet, einige beschwerten sich politisch über ihre Haushaltslage, wenige haben Klagen gegen das Land Rheinland-Pfalz oder gar vor dem Bundesverfassungsgericht geführt. Und der Bezirksverband?

Sehr geehrter Herr Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

Kommunen und ihre Verbände sollten an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, das Land Rheinland-Pfalz zum Einhalten seiner Verfassungsgrundsätze zu bewegen. Die Sichtweise, man wollte die Kompromisslösung in Bezug auf die Pensionsrückstellungen nicht gefährden und verzichte daher auf 2 Millionen Euro Defizitausgleich alleine für 2022, teile ich deshalb nicht. Schaut man auf die kommunalen Einrichtungen des Bezirksverbandes, ist im Jahr 2022, trotz Corona und teilweise erheblich wachsender Defizite bei den einzelnen Einrichtungen, immer noch ein Überschuss von 1,4 Millionen Euro geplant. Es fällt den Schulden und Corona geplagten Kommunen, die über die Verbandsumlage diese Einrichtungen finanzieren, sicherlich nicht leicht, die veranschlagten 24,5 Millionen Euro der Verbandsumlage aufzubringen. Und sicherlich wären die Kommunen, und nicht zuletzt die Einrichtungen selbst, davon begeistert, wenn der Überschuss in die Fortentwicklung und den Ausbau dieser wichtigen kulturellen, sozialen und ökologischen Einrichtungen fließen würde. Aber wie gehabt muss mit diesem Überschuss das Defizit der § 15er – Einrichtungen ausgeglichen werden. Letztendlich bezahlen die pfälzischen Kommunen mit der Verbandsumlage originäre Landesaufgaben seit Anbeginn mit. Das machen die restlichen rheinlandpfälzischen Kommunen in dieser Form übrigens nicht, auch dieser Umstand sollte im Sinne des Gerechtigkeitsgedankens einmal in die Überlegungen einfließen. Gerade in der extremen Krisensituation unserer Tage mit hoher Neuverschuldung und gleichzeitig einbrechenden Einnahmen, ist dies nicht hinnehmbar. Ich appelliere deshalb an die Führung des Bezirksverbandes, die Verhandlungen mit der Landesregierung schon vor dem Ablauf der Vereinbarung 2026 wieder aufzunehmen, am besten gleich.

Mit einer Prise Galgenhumor könnte man sagen, warum soll es dem Bezirksverband anders gehen als Kaiserslautern, Ludwigshafen oder Pirmasens? Auch dort wachsen die Schulden nicht, weil sich die Bürgermeister Paläste bauen, sondern weil Pflichtaufgaben von den Auftraggebern nicht bezahlt werden. Diese stoische Sichtweise ist allerdings nicht mein Ding. Ich rege mich über die Ignoranz und Arroganz, mit der das Motto die „Letzten beißen die Hund“ in Deutschland gepflegt wird, auch nach Jahrzehnten noch auf. Und weil mich der Wunsch nach Gerechtigkeit trägt, sage ich als Mitglied des pfälzischen Parlaments auch mit Blick auf die Kommunen im Bezirksverband: Die politisch Verantwortlichen sollten die Logik ihrer Bemühungen, einen verfassungskonformen kommunalen Finanzausgleich zu erringen, überdenken. Mit den Beiträgen zum sogenannten kommunalen Entschuldungsfonds werden die Schulden bezahlt, die an anderer Stelle gerichtlich einklagt werden.

Die Hoffnung, dass sich nach der Bundestagswahl die grundsätzliche Misere der öffentlichen Haushalte verbessern könnte, tendiert allerdings gegen Null. In Berlin wurde das Mainzer Modell übernommen, besonders in der Steuerpolitik regiert die FDP. Herrn Eymael wird's freuen, mich nicht. Wer die Reichen und Vermögenden weiter schont und sich nicht traut, das Geld dort zu holen, wo es ist, wird weder die Klimakatastrophe, noch die Finanzkrise der rheinlandpfälzischen Kommunen bewältigen.

Auch die Einschätzung, dass die Erträge aus der Verbandsumlage jährlich um 1 bis 2 Prozent wachsen werden, teile ich nicht, gerade weil die Steuereinnahmen der Kommunen einbrechen werden und in Krisenzeiten eben nicht nur normalen konjunkturellen Schwanken unterliegen. Bertelsmann beziffert die Gewerbesteuerausfälle der Kommunen für 2020 mit 9 Milliarden, die Ausfälle bei der Einkommensteuer und bei den Gebühren mit 4 Milliarden Euro. Für die Jahre 2021 bis 2024 rechnet Bertelsmann mit insgesamt 23 Milliarden Verlust für die Kommunen. Im letzten Jahr wurden die Ausfälle noch durch Bundeszuschüsse aufgefangen, wenn uns die Pandemie auch in den nächsten Jahren begleitet – und davon ist auszugehen – wird auch damit Schluss sein, denn die Ampel verzichtet bekanntermaßen auf dringend notwendige zusätzliche Steuereinnahmen und will obendrein Schulden abbauen. Und wie bereits weiter oben aufgeführt: Die Letzen beißen die Hunde, das sind wir, die kommunale Ebene, sehr geehrte Damen und Herren!

Deshalb würde ich mir bei der Einbringung des Haushalts etwas mehr Realismus wünschen. Sie schreiben in Ihren Ausführungen, dass sich die Bezirksverbandsumlage, trotz Corona und negativen Auswirkungen auf die Steuerkraft der Kommunen, nur moderat nach unten bewegt. Das ist leider nur rechnerisch richtig. Politisch vergessen Sie zu erwähnen, dass dieses Rechenergebnis nur erreicht wird, weil Milliardenzuschüsse geflossen sind. Und außerdem – auch das wissen Sie – befinden sich unter dem Dach des Bezirksverbandes die 4 höchstverschuldeten Städte und 3 der höchstverschuldeten Landkreise Deutschlands. Diese bekommen die Wucht der Krise voll ab. Auch die erwarteten 500.000 Euro mehr aus Eintrittsgeldern und anderen Leistungsentgelten sehe ich nicht. Die Corona-Verordnungen von Bund und Land haben nur eine kurze Haltbarkeit und statt endlich mal die Arbeitgeber zu kontrollieren, was in den Fabrikhallen in Sachen Corona Schutzmaßnahmen eigentlich unternommen wird, werden Lockdownmaßnahmen vor allem erneut und hart den Kulturbereich treffen. Und da wir schon bei den Erträgen in der Haushaltsplanung sind: Bevor wir an eine Erhöhung der Pfalzwerkedividenden glauben, warten wir doch besser einmal ab, welche Turbulenzen die Energiemärkte noch bringen und wohin die Preisexplosion bei Strom und Gas die Pfalzwerke führen wird. Ich fürchte, es wird nichts Gutes dabei herauskommen.

Auf der Ausgabenseite schlagen die extrem steigenden Energiepreise sowie die Baupreise für die Instandhaltung ordentlich zu Buche. Die Baubranche verlangt weiter, was sie will, und niemand unternimmt auch nur den Versuch, hier endlich mal einen Riegel vorzuschieben. Die deutlichen Mehraufwendungen im Versorgungsbereich offenbaren einmal mehr, dass die Beschäftigten im Bezirksverband durchschnittlich immer älter sind und ein stressiges Berufsleben natürlich seine Spuren hinterlässt. Ob das Nachwuchsproblem durch eine

Imagekampagne gelöst werden kann, bezweifle ich stark. Dafür müssten ganz andere Schrauben gedreht werden, für die der Bezirksverband aber keinen Schraubendreher hat, der dafür groß genug wäre. Immerhin wurde die Imagekampagne weitgehend mit Bordmitteln auf die Beine gestellt und es verdient sich niemand ein goldene Nase daran, wie in manch anderen Kommunen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die öffentlich zelebrierte Empörung über das Windkraft-Thema muss man nicht verstehen. Insbesondere die Initiative „Pro Pfälzerwald“ hat ständig Schaum vorm Mund und lässt jeder noch so harmlosen Verlautbarung der Landesregierung eine Schimpf-Kanonade folgen. Nüchtern betrachtet gibt es einige wenige Standorte entlang der A6 und auf Konversionsflächen, die von der Landesregierung für einen möglichen Ausbau der Windkraft ins Auge gefasst wurden und so gut wie keine Standorte, an denen sich Windkraft tatsächlich rechnen würde. Weder für die Wunschstandorte, noch für die lukrativen Standorte gibt es mehr als politische Willensbekundungen und keinerlei konkrete Planung. Im Vergleich dazu spielen die existenziellen Probleme des Pfälzer Waldes, Stichwort Folgen des Klimawandels, auf der politischen Agenda und in der öffentlichen Wahrnehmung bestenfalls eine Nebenrolle. Etwas mehr Gelassenheit beim Thema Windkraft und deutlich mehr Anstrengungen bei der Eindämmung der Folgen des Klimawandels würde ich mir wünschen. Den Pfälzerwald, wie wir ihn kennen, wird es in absehbarer Zeit nicht mehr geben, wenn nicht drastische Maßnahmen zur Begrenzung der Erderwärmung unternommen werden. Dieses Rad kann der Bezirksverband sicher nicht drehen, er könnte aber aufhören, Geisterdebatten zu befeuern, die den Blick auf das wirklich epochale Problem verstellen.

Beim Thema B 10 verfolgt der Bezirkstag das Motto Augen zu und durch. Das politische Denken über den Fernstraßenausbau so mancher Bezirkstagsmitglieder ist im vorigen Jahrhundert stecken geblieben. Die Pflege wirtschaftlicher Interessen mit dem vierspurigen Ausbau der B 10 ist im 21. Jahrhundert keine heilige Kuh mehr, der Bezirkstag hat es nur noch nicht gemerkt. Wirtschaftsförderung und Infrastrukturmaßnahmen wurden in der Prioritätenliste inzwischen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit abgelöst, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem geplanten Ausbau folgen täglich 10.000 LKW mehr mitten durch das Biosphärenreservat Pfälzerwald, dies widerspricht der dringend notwendigen Verkehrswende und belastet Mensch und Umwelt, man könnte auch sagen men and biosphere, in unerhörtem Maße. Der 4-spurige Ausbau der B 10 steht dem Biosphärengedanken und einer nachhaltigen Klimapolitik als zentraler Aufgabe des 21. Jahrhunderts diametral entgegen.

Zum Schluss eine Herzensangelegenheit: Legen sie Gutachten in die Schublade, wo sie hingehören. Kunst, die sich rechnen soll, überlassen sie bitte den kommerziellen Kultur-Vermarktern. Das Pfalztheater hat andere Aufgaben. *"Wo die Wissenschaft ihr Ende findet, im Erkennen des Notwendigen, des Wahren, da tritt die Kunst als tätige Wirksamkeit der Wahrheit ein, denn sie ist das Bild des Wahren, des Lebens."*

Auf Besucherzahlen schielen, Spar-Produktionen und Gassenhauer präsentieren, sind ein Irrweg. Er endet in der künstlerischen Bedeutungslosigkeit. Mit einer Kommerzialisierung des Programms mögen geringfügige Steigerungen der

Einnahmen erzielt werden, mehr Anerkennung und Wertschätzung des Pfalztheaters sind daraus nicht ableitbar. Vielmehr sollte das Pfalztheater unter allen Umständen ein Gegengewicht zum kulturellen Mainstream bleiben, denn darauf basiert sein überregional guter Ruf. Einfach zu konsumierende Billig-Unterhaltung haben wir wahrlich genug. Ob der Weg des Dreigestirns in der Führung des Pfalztheaters dafür der richtige sein wird, wird sich zeigen. Ich vertraue dabei auf die Kompetenz und das Einfühlungsvermögen der handelnden Personen.

Frank Eschrich, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz